

Koch | Zahrte

# ***Der Zahlungsverkehr in der Bankpraxis***

***Zahlungsdienste • Scheck • Wechsel •  
SEPA • Preis- und Leistungsmerkmale***

3. Auflage 2022

Herausgeber: Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. · BVR

Satz und Gestaltung: DG Nexolution eG, Wiesbaden

Druck und Verarbeitung: WirmachenDruck.de, Backnang

Bildnachweis: Adobe Stock, absent84 (Titel)

Bestell-Nr.: 961 810 **DG**nexolution

ISBN: 978-3-87151-289-6

© DG Nexolution eG, Leipziger Straße 35, 65191 Wiesbaden (2022)

Urheberrechtsbestimmungen

Das Werk einschließlich seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Haftungsausschluss

Der Text gibt die Rechtsauffassung der Autoren wieder. Weder sie, der Herausgeber oder der Verlag des Werks haften für die Richtigkeit der Interpretation.

Die Hinweise, Ratschläge und Wertungen sind von den Autoren, dem Herausgeber und dem Verlag sorgfältig erwogen und geprüft, dennoch kann eine Garantie nicht übernommen werden. Eine Haftung der Autoren, des Herausgebers oder des Verlages und seiner Beauftragten für Personen-, Sach- und Vermögensschäden ist ausgeschlossen.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	.....	<b>13</b>
<b>1</b>	<b>Die gesetzlichen Regelungen zu Zahlungsdiensten und Zahlungsdienstleistern</b> .....	<b>17</b>
1.1	Entwicklung .....	17
1.1.1	Anfänge des Zahlungsverkehrsrechts .....	17
1.1.2	Die EU-Richtlinien über Zahlungsdienste im Binnenmarkt .....	19
1.1.2.1	Die 1. Zahlungsdiensterichtlinie (PSD 1) .....	19
1.1.2.2	Die 2. Zahlungsdiensterichtlinie (PSD 2) .....	20
1.2	Das Aufsichtsrecht der Zahlungsdienste im ZAG.....	21
1.2.1	Grundlagen .....	21
1.2.2	Kategorien von Zahlungsdienstleistern (§ 1 Abs. 1 S. 1 ZAG).....	22
1.2.2.1	Zahlungsinstitute .....	23
1.2.2.2	E-Geld-Institute .....	25
1.2.2.3	Banken/Einlagenkreditinstitute .....	29
1.2.2.4	Zentralbanken und Körperschaften .....	30
1.2.3	Kategorien von Zahlungsdiensten (§ 1 Abs. 1 S. 2 ZAG).....	30
1.2.3.1	Katalog der Zahlungsdienste .....	30
1.2.3.2	Ausnahmen .....	31
1.2.4	Ausgewählte Regelungsbereiche des ZAG .....	34
1.2.4.1	Begriffsbestimmungen (§ 1 ZAG) .....	34
1.2.4.2	Regelungen zu Drittdiensten .....	40
1.2.4.3	Organisationspflichten (§ 27 ZAG) .....	44
1.2.4.4	Register (§§ 43, 44 ZAG) .....	44
1.2.4.5	Diskriminierungsverbote im ZAG .....	45
1.2.4.6	Starke Kundenauthentifizierung (§ 55 ZAG) .....	46

## Inhaltsverzeichnis

1.2.4.7	Datenschutz (§ 59 ZAG) . . . . .	47
1.2.4.8	Beschwerderecht (§§ 60, 61 ZAG) . . . . .	47
1.2.4.9	Streitbeilegung bei einem Zahlungsdienstleister (§ 62 ZAG) . . . . .	48
1.2.4.10	Sanktionen (§§ 63–65 ZAG) . . . . .	48
1.3	Das Zivilrecht der Zahlungsdienste im BGB . . . . .	48
1.3.1	Inkrafttreten, Übergangsvorschriften (Art. 229 § 45 EGBGB) . . . . .	49
1.3.2	Anwendungsbereich (§ 675c BGB) . . . . .	49
1.3.3	Unterrichtungspflichten (§ 675d BGB) . . . . .	51
1.3.4	Halbzwingendes Recht (§ 675e BGB) . . . . .	52
1.3.4.1	Drittstaatensachverhalte (§ 675e Abs. 2–3 BGB) . . . . .	53
1.3.4.2	Geschäfte mit Nicht-Verbrauchern (§ 675e Abs. 4 BGB) . . . . .	54
1.3.5	Zahlungsdienstevertrag (§ 675f BGB) . . . . .	54
1.3.5.1	Vertragstypen . . . . .	55
1.3.5.2	Definitionen . . . . .	55
1.3.5.3	Bepreisung . . . . .	56
1.3.6	Änderungen des Zahlungsdiensterahmenvertrags (§ 675g BGB) . . . . .	57
1.3.6.1	Bisherige Regelung in den AGB-Banken . . . . .	57
1.3.6.2	BGH-Urteil vom 27. April 2021 . . . . .	57
1.3.6.3	Neuer AGB-Änderungsmechanismus . . . . .	59
1.3.7	Kündigung eines Zahlungsdiensterahmenvertrags (§ 675h BGB) . . . . .	62
1.3.8	Ausnahmen für Kleinbetragszahlungsinstrumente (§ 675i BGB) . . . . .	63
1.3.9	Autorisierung von Zahlungsvorgängen (§ 675j BGB) . . . . .	63
1.3.10	Begrenzung der Nutzung eines Zahlungsinstruments (§ 675k BGB) . . . . .	64
1.3.11	Pflichten für den Umgang mit Zahlungsinstrumenten (§§ 675l, 675m BGB) . . . . .	64
1.3.12	Zeitpunkt des Zugangs (Beginn der Ausführungsfrist, § 675n BGB) . . . . .	65
1.3.13	Ablehnung von Zahlungsaufträgen (§ 675o BGB) . . . . .	66
1.3.14	Widerruf von Zahlungsaufträgen (§ 675p BGB) . . . . .	68
1.3.15	Entgeltteilung (§ 675q BGB) . . . . .	69
1.3.16	Ausführung anhand von Kundenkennungen (§ 675r BGB) . . . . .	69
1.3.17	Ausführungsfristen (§ 675s BGB) . . . . .	70
1.3.18	Wertstellung und Verfügbarkeit von Geldbeträgen (§ 675t BGB) . . . . .	71

1.3.19	Haftung des Zahlungsdienstleisters für nicht autorisierte Zahlungen (§ 675u BGB) . . . . .	72
1.3.20	Haftung bei missbräuchlicher Nutzung eines Zahlungsinstruments (z. B. Debitkarte, § 675v BGB) . .	73
1.3.21	Nachweis der Authentifizierung (675w BGB) . . . . .	75
1.3.22	Erstattungsanspruch bei autorisierten Zahlungsvorgängen (§ 675x BGB). . . . .	76
1.3.23	Haftung für nicht erfolgte oder fehlerhafte Ausführung (§ 675y BGB) . . . . .	78
1.3.23.1	Push-Zahlungen (§ 675y Abs. 1 BGB) . . . . .	79
1.3.23.2	Pull-Zahlungen (§ 675y Abs. 2 BGB) . . . . .	80
1.3.23.3	Verspätete Ausführung (§ 675y Abs. 3 und 4 BGB) . . .	81
1.3.23.4	Vom Zahlungsdienstnutzer fehlerhaft angegebene Kundenkennung (§ 675y Abs. 5 BGB). . . . .	81
1.3.23.5	Entgelte und Zinsen (§ 675y Abs. 6 BGB) . . . . .	82
1.3.23.6	Nachforschungs- und Unterrichtungspflicht (§ 675y Abs. 7 BGB) . . . . .	82
1.3.23.7	Drittstaatensachverhalte (§ 675y Abs. 8 BGB) . . . . .	83
1.3.24	Haftung für Folgeschäden (§ 675z BGB) . . . . .	83
1.3.25	Nachweis der Ausführung von Zahlungsaufträgen (§ 676 BGB). . . . .	84
1.3.26	Haftungsausgleich im Interbankenverhältnis (§ 676a BGB). . . . .	85
1.3.27	Anzeige nicht autorisierter oder fehlerhaft ausgeführter Zahlungsvorgänge (§ 676b BGB) . . . . .	85
1.3.28	Haftungsausschluss bei höherer Gewalt (§ 676c BGB). .	86
1.3.29	Surcharge-Verbot (§ 270a BGB). . . . .	87
1.3.30	Außergerichtliche Streitschlichtung (§ 14 Abs. 1 Nr. 3 UKlaG) . . . . .	87
<b>2</b>	<b>Einzelne Zahlungsdienste . . . . .</b>	<b>89</b>
2.1	Überweisung . . . . .	89
2.1.1	Entwicklung des Überweisungsrechts . . . . .	90
2.1.2	Erscheinungsformen der Überweisung . . . . .	92
2.1.2.1	SEPA-Überweisung . . . . .	93
2.1.2.2	SEPA-Instant-Überweisung . . . . .	93
2.1.2.3	Dauerauftrag . . . . .	94
2.1.2.4	Barüberweisung/Zahlschein . . . . .	94
2.1.2.5	TARGET2-Überweisung . . . . .	94
2.1.2.6	Auslandsüberweisungen . . . . .	95
2.1.2.7	Zahlungsauslösedienst . . . . .	96
2.1.3	Rechtsverhältnisse . . . . .	98
2.1.3.1	Deckungsverhältnis . . . . .	98

2.1.3.2	Interbankenverhältnis.....	129
2.1.3.3	Inkassoverhältnis.....	136
2.1.3.4	Valutaverhältnis.....	142
2.1.3.5	Überweisung in der Insolvenz.....	145
2.2	Lastschrift.....	146
2.2.1	Entwicklung des Lastschriftrechts.....	148
2.2.1.1	Ursprünge.....	148
2.2.1.2	Einzugsermächtigung und Abbuchungsauftrag.....	149
2.2.1.3	Zahlungsdiensterichtlinie und SEPA.....	150
2.2.2	Erscheinungsformen der Lastschrift.....	151
2.2.2.1	SEPA-Basis-Lastschrift-Verfahren.....	152
2.2.2.2	SEPA-Firmen-Lastschrift-Verfahren.....	155
2.2.3	Rechtsverhältnisse.....	156
2.2.3.1	Inkassoverhältnis.....	156
2.2.3.2	Interbankenverhältnis.....	169
2.2.3.3	Deckungsverhältnis.....	175
2.2.3.4	Valutaverhältnis.....	183
2.2.3.5	SEPA-Lastschriften in der Insolvenz.....	187
2.3	Debitkarte.....	189
2.3.1	Entwicklung.....	189
2.3.2	girocard.....	190
2.3.3	Bargeldbezug am Geldautomaten.....	195
2.3.3.1	GA-Vereinbarung.....	196
2.3.3.2	Rechtsverhältnis zum Kunden.....	208
2.3.4	Bezahlung am Point of Sale (POS).....	237
2.3.4.1	Das electronic-cash-System.....	239
2.3.4.2	Wildes POS-Verfahren.....	262
2.3.4.3	GeldKarte.....	262
2.3.4.4	Weitere Einsatzmöglichkeiten der Debitkarte.....	280
2.4	Kreditkarte.....	288
2.4.1	Überblick.....	288
2.4.1.1	Klassifizierung der Karten.....	288
2.4.1.2	Parteien des Kreditkartengeschäfts.....	290
2.4.1.3	Kreditkartenunternehmen.....	291
2.4.1.4	Kreditkartenarten.....	291
2.4.1.5	Rechtliche Qualifizierung des Kreditkartengeschäfts.....	294
2.4.2	Rechtsbeziehungen.....	295
2.4.2.1	Rechtsbeziehung zwischen Kartenausgeber und Karteninhaber.....	296
2.4.2.2	Rechtsbeziehung zwischen Kartenausgeber und Vertragsunternehmen.....	305
2.4.2.3	Rechtsbeziehung zwischen Karteninhaber und Vertragsunternehmen.....	308

2.5	Online-Banking . . . . .	310
2.5.1	Technische Verfahren . . . . .	310
2.5.2	Vertragliche Rahmenbedingungen . . . . .	313
2.5.2.1	Interbankenvereinbarung, Homebanking- Abkommen . . . . .	313
2.5.2.2	Kundenvereinbarung . . . . .	314
2.5.3	Vertragsrecht . . . . .	338
2.5.3.1	Elektronische Willenserklärungen im Bankgeschäft. . . . .	338
2.5.3.2	Formbedürftige Willenserklärungen . . . . .	343
2.5.3.3	Einbeziehung Allgemeiner Geschäftsbedingungen . . . . .	346
2.5.4	Beweisfragen . . . . .	351
2.5.4.1	PIN-/TAN-Verfahren . . . . .	351
2.5.4.2	HBCI-Standard . . . . .	352
2.5.4.3	Missbrauch im Online-Banking. . . . .	353
<b>3</b>	<b>Scheck. . . . .</b>	<b>359</b>
3.1	Grundlagen . . . . .	359
3.2	Rechtsverhältnisse . . . . .	362
3.2.1	Aussteller/bezogenes Kreditinstitut . . . . .	362
3.2.1.1	Scheckvertrag. . . . .	362
3.2.1.2	Wirksamkeit der Anweisung. . . . .	362
3.2.1.3	Einlösung . . . . .	364
3.2.1.4	Widerruf der Scheckanweisung . . . . .	365
3.2.1.5	Nebenpflichten und -rechte des Kreditinstituts . . . . .	366
3.2.1.6	Scheckfälschung. . . . .	367
3.2.2	Interbankenverhältnis. . . . .	369
3.2.2.1	Hintergrund . . . . .	370
3.2.2.2	BSE-Verfahren . . . . .	371
3.2.2.3	GSE-Verfahren . . . . .	372
3.2.2.4	ISE-Verfahren und scheckrechtliche Rahmenbedingungen . . . . .	373
3.2.2.5	Einzelne Regelungen des Scheckabkommens . . . . .	375
3.2.3	Einreicher – Inkassostelle . . . . .	379
3.2.3.1	Inkassoauftrag . . . . .	379
3.2.3.2	Vorbehaltsgutschrift . . . . .	379
3.2.3.3	Sicherungseigentum an eingereichten Schecks. . . . .	381
3.2.3.4	Sorgfaltspflichten der Inkassostelle beim Scheckinkasso. . . . .	381
3.2.4	Schuldner – Gläubiger. . . . .	387
3.2.4.1	Annahmepflicht. . . . .	387
3.2.4.2	Pflichten des Gläubigers . . . . .	387
3.2.4.3	Pflichten des Schuldners . . . . .	388
3.2.4.4	Erfüllung der Verbindlichkeit . . . . .	388

3.2.4.5	Rechtzeitigkeit der Leistung . . . . .	388
<b>4</b>	<b>Wechsel . . . . .</b>	<b>391</b>
4.1	Einleitung . . . . .	391
4.2	Rechtsgrundlagen . . . . .	394
4.3	Begriffsbestimmungen und Rechtsverhältnisse . . . . .	396
4.3.1	Wechselrechtliche Grundbegriffe . . . . .	396
4.3.2	Terminologie und Rechtsverhältnisse beim gezogenen Wechsel. . . . .	398
4.4	Grundzüge des materiellen Wechselrechts . . . . .	399
4.4.1	Wechsel- und Kausalverhältnis (Valutaverhältnis). . . . .	399
4.4.2	Formelle Voraussetzungen der Entstehung von Wechselansprüchen – Ausstellung und Formerfordernisse . . . . .	401
4.4.3	Materielle Voraussetzungen der Entstehung von Wechselansprüchen . . . . .	403
4.4.3.1	Wechselrechts- und Wechselgeschäftsfähigkeit . . . . .	403
4.4.3.2	Begebung und Übertragung des Wechsels . . . . .	404
4.4.3.3	Nachträgliche Verfälschung des Wechsels . . . . .	406
4.4.3.4	Grundsatz der Selbstständigkeit der Wechselerklärungen . . . . .	406
4.4.4	Insbesondere: Blankowechsel . . . . .	407
4.4.4.1	Begriff. . . . .	407
4.4.4.2	Gutgläubiger Erwerb. . . . .	409
4.4.4.3	Abredewidrige Ausfüllung . . . . .	409
4.4.5	Die Wechselverpflichtungen . . . . .	410
4.4.5.1	Wechselverpflichtungen des Bezogenen/ Akzeptanten . . . . .	410
4.4.5.2	Wechselverpflichtungen des Ausstellers . . . . .	411
4.4.5.3	Wechselverpflichtungen des Indossanten . . . . .	411
4.4.6	Übertragung des Wechsels . . . . .	412
4.4.6.1	Übertragung durch Zession . . . . .	412
4.4.6.2	Übertragung durch Indossament . . . . .	412
4.4.7	Einwendungslehre . . . . .	414
4.4.7.1	Urkundliche Einwendungen . . . . .	414
4.4.7.2	Gültigkeitseinwendungen . . . . .	414
4.4.7.3	Persönliche Einwendungen. . . . .	414
4.4.8	Erfüllung der Wechselverbindlichkeit . . . . .	415
4.4.9	Wechselregress. . . . .	416
4.4.10	Verjährung . . . . .	418
4.4.11	Wechselbereicherungsanspruch . . . . .	419
4.5	Wechselinkasso . . . . .	419
4.5.1	Rechtsnatur des Inkassoauftrags . . . . .	419

4.5.2	Technischer Ablauf . . . . .	420
4.5.3	Ansprüche und Rechte des Kunden aus dem Inkassoauftrag . . . . .	422
4.5.4	Haus- und Filialeinzug . . . . .	422
4.5.5	Weiterleitung von Inkassoaufträgen außerhalb des Wechselabkommens . . . . .	423
4.5.6	Weiterleitung von Inkassoaufträgen im Rahmen des Wechselabkommens . . . . .	423
4.5.7	Sicherungsrechte an Inkassowechseln . . . . .	424
4.5.8	Einsatz von Eilmitteln . . . . .	424
4.6	Wechselverkehr im Rahmen des Wechselabkommens (Interbankenverhältnis). . . . .	425
4.6.1	Inhalt und Zweck des Wechselabkommens . . . . .	425
4.6.2	Vereinfachter Wechseleinzug . . . . .	426
4.6.2.1	Die erste Inkassostelle . . . . .	426
4.6.2.2	Die letzte Inkassostelle . . . . .	428
4.6.2.3	Protest und Rückgabe nicht eingelöster Wechsel . . . . .	429
4.6.2.4	Verletzung des Abkommens. . . . .	430
4.7	Der Wechselkredit . . . . .	431
4.7.1	Diskontkredit . . . . .	431
4.7.1.1	Überblick . . . . .	431
4.7.1.2	Rechtsnatur . . . . .	432
4.7.1.3	Inhalt des Diskontvertrages . . . . .	433
4.7.2	Akzeptkredit . . . . .	437
4.7.2.1	Überblick . . . . .	437
4.7.2.2	Rechtsnatur . . . . .	437
4.7.2.3	Ansprüche der Bank . . . . .	438
4.7.3	Zur Abgrenzung: Gefälligkeitswechsel . . . . .	439
4.7.4	Wechselreiterei und Akzepttausch. . . . .	439
4.7.5	Depot- und Kautionswechsel . . . . .	440
<b>5</b>	<b>Single Euro Payments Area (SEPA). . . . .</b>	<b>443</b>
5.1	Historische Entwicklung . . . . .	443
5.2	Technischer Standard der SEPA. . . . .	444
5.3	Aktivitäten der Kreditwirtschaft . . . . .	445
5.4	Aktivitäten des Zentralbanksystems. . . . .	446
5.5	Aktivitäten der Europäischen Kommission . . . . .	447
5.6	Der European Payments Council (EPC). . . . .	449
5.6.1	SEPA-Überweisungsverfahren (SEPA Credit Transfer). . . . .	450
5.6.2	SEPA-Echtzeit-Überweisungsverfahren (SEPA Instant Credit Transfer) . . . . .	450
5.6.3	SEPA-Basis-Lastschriftverfahren (SEPA Direct Debit) . . . . .	451
5.6.4	SEPA-Firmen-Lastschriftverfahren (SDD B2B). . . . .	452

5.6.5	Rahmenwerk für Kartenzahlungen (SCF – SEPA Cards Framework) . . . . .	453
5.6.6	Euro Alliance of Payment Schemes (EAPS). . . . .	454
5.6.7	SEPA Proxy Lookup Scheme (SPL) . . . . .	455
5.6.8	SEPA Request to Pay Scheme (SRTP). . . . .	455
5.6.9	Koordinierung des nationalen Beitritts zu den SEPA-Verfahren des EPC . . . . .	456
5.7	Auswirkungen auf Banken, Unternehmen und Verbraucher . . . . .	456
<b>6</b>	<b>Preis- und Leistungsmerkmale im Zahlungsverkehr. . . . .</b>	<b>459</b>
6.1	Überblick . . . . .	459
6.2	Standardisierte Zahlungskontenterminologie. . . . .	466
6.3	EU-Preisverordnung. . . . .	468
6.4	Einzelne Preis- und Leistungsmerkmale. . . . .	470
6.4.1	Das Preisrecht in der Rechtsprechung . . . . .	470
6.4.2	Privatkonto . . . . .	471
6.4.2.1	Überblick . . . . .	471
6.4.2.2	Kontoführung . . . . .	474
6.4.2.3	Kontoauszug . . . . .	492
6.4.3	Bepreisung von Zahlungsdiensten . . . . .	499
6.4.3.1	Allgemeine Informationen zur Bank . . . . .	499
6.4.3.2	Lastschriftgeschäft. . . . .	502
6.4.3.3	Bargeldauszahlung . . . . .	505
6.4.3.4	Kartengestützter Zahlungsverkehr . . . . .	512
6.4.3.5	Überweisungsgeschäft . . . . .	528
6.4.4	Scheckverkehr . . . . .	532
<b>7</b>	<b>Virtuelles Geld (Payment Token) . . . . .</b>	<b>537</b>
7.1	Definition Kryptowerte (§ 1 Abs. 11 S. 4 KWG) . . . . .	537
7.2	Funktionsweise von Payment Token . . . . .	538
7.3	Aufsichtsrechtliche Einordnung (§ 1 KWG) . . . . .	541
7.4	Zivilrechtliche Behandlung . . . . .	542
7.4.1	Erwerb von Payment Token gegen Geld . . . . .	542
7.4.2	Nutzung von Payment Token als Zahlungsmittel . . . . .	543
7.5	Risiken . . . . .	543
7.6	Payment Token in der Insolvenz. . . . .	544
<b>Anhang</b>		
Anhang 1:	AGB (130 240). . . . .	547
Anhang 2:	Sonderbedingungen Überweisungsverkehr (437 330) . . . . .	552
Anhang 3:	Sonderbedingungen Lastschriftverkehr (440 320). . . . .	556
Anhang 4:	Sonderbedingungen Lastschrifteinzug (440 360) . . . . .	560

## Inhaltsverzeichnis

---

Anhang 5: Sonderbedingungen girocard (551 490).....	564
Anhang 6: Kartenantrag DG Nexolution für Mastercard (Auszug 550 270) .....	568
Anhang 7: Vereinbarung Onlinebanking (283 350).....	577
Anhang 8: Sonderbedingungen Scheckverkehr (412 140).....	580
Anhang 9: Vertragsbedingungen MasterCard/VISACard (550 130).....	581
Anhang 10: Sonderbedingungen Onlinebanking (283 340) .....	585
Anhang 11: Sonderbedingungen für die digitale Girocard (Debitkarte) mit individualisierten Authentifizierungsverfahren (551 620) .....	587
Anhang 12: Sonderbedingungen für SEPA-Instant- Überweisungen (440 370) .....	590
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>591</b>

## Vorwort

Der europäische Zahlungsverkehr unterliegt aktuell einer umfassenden Transformation, die sowohl kundenseitig, regulatorisch als auch technologisch getrieben ist. Smarte, digitale und mobile Zahlungsverkehrsprodukte gehören mittlerweile zum Standard-Portfolio der Kreditinstitute und werden von den Kundinnen und Kunden nachgefragt und eingefordert. Insbesondere das bargeldlose Bezahlen wird in Deutschland immer beliebter. Im Jahr 2021 haben Verbraucherinnen und Verbraucher rund 5,9 Milliarden Käufe bei Handels- und Dienstleistungsunternehmen mit der girocard bezahlt. In zwei Dritteln der Fälle wurde dabei kontaktlos bezahlt. Zunehmend werden auch digitale Kartenprodukte (Debit- und Kreditkarten) nachgefragt, mit denen bequem, sicher und kontaktlos über die Banking-App oder eine Wallet im Smartphone bezahlt werden kann. Andere Produkte, wie beispielsweise Scheck und Wechsel, spielen im Zahlungsverkehrsmarkt dagegen keine Rolle mehr.

Regulatorisch ist der Zahlungsverkehr fest in der Hand des europäischen Gesetzgebers. Mit den beiden **EU-Zahlungsdiensterichtlinien** (PSD 1 und PSD 2), die von weiteren europäischen Gesetzgebungsakten wie etwa der SEPA-Verordnung, der Geldtransferverordnung, der MIF-Verordnung, der EU-Preisverordnung, der Zahlungskontenrichtlinie, der PSD2-RTS usw. flankiert werden, gestaltet der europäische Gesetzgeber seit Beginn des dritten Jahrtausends aktiv die Entwicklung des europäischen Zahlungsverkehrs. Die Vereinheitlichung des europäischen Zahlungsverkehrs wird dabei als **dritte Stufe der Euro-Einführung begriffen**.

Die nunmehr vorliegende 3. Auflage von „Der Zahlungsverkehr in der Bankpraxis“ ist vollständig aktualisiert und überarbeitet worden. Sie beleuchtet das komplette Zahlungsverkehrsrecht, also die gesetzlichen (zivilrechtlichen und aufsichtsrechtlichen) Vorgaben, die Vereinbarungen zwischen den Zahlungsdienstleistern sowie die Regelungen in der Kunde-

Bank-Beziehung. Die Gliederung orientiert sich im Wesentlichen an den einzelnen Zahlungsdiensten: Überweisung, Lastschrift, Debit- und Kreditkarte, Online-Banking, Scheck und Wechsel. Zudem werden die rechtlichen Anforderungen an Preis- und Leistungsmerkmale im Zahlungsverkehr näher beleuchtet. Neu eingefügt wurde ein Kapitel zum virtuellen Geld (Payment Token).

Im Rahmen der Darstellung werden insbesondere die folgenden Themen näher beleuchtet:

- ▷ Zahlungsverkehrsabkommen der Kreditwirtschaft (Überweisungsabkommen, Lastschriftabkommen, Geldautomaten-, GeldKarte- und electronic-cash-Vereinbarung);
- ▷ ZV-Kundenbedingungen (Überweisung, Lastschrift, Online-Banking, Debit- und Kreditkarte);
- ▷ EU-Zahlungsdiensterichtlinien (PSD 1 und PSD 2);
- ▷ Single Euro Payments Area (SEPA) / European Payments Council (EPC);
- ▷ Zugriff von Drittdiensten auf Zahlungskonten (Zahlungsauslösedienste, Kontoinformationsdienste) / starke Kundenauthentifizierung;
- ▷ aufsichtsrechtliche Anforderungen an Zahlungsdienstleister;
- ▷ E-Geld-Geschäft;
- ▷ zivilrechtliche Anforderungen an Zahlungsdienste;
- ▷ BGH-Rechtsprechung zum Änderungsmechanismus;
- ▷ Beweis des ersten Anscheins bei PIN-gestützten Zahlungstransaktionen und im Online-Banking;
- ▷ Überweisungen und Lastschriften in der Insolvenz;
- ▷ Konto-Nummer-Namens-Vergleich im Zahlungsverkehr;
- ▷ direktes Kundenentgelt am Geldautomaten;
- ▷ Entgeltverrechnung im electronic cash-Verfahren;
- ▷ virtuelles Geld (Payment Token).

Das Buch richtet sich in erster Linie an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kreditinstituten; darüber hinaus aber auch an interessierte Leser, die sich mit den rechtlichen, technischen und strategischen Fragen des Zahlungsverkehrs auseinandersetzen möchten. Im Anhang sind u. a. die

---

einschlägigen, aktuellen Kundenbedingungen (AGB-Banken, Sonderbedingungen mit Zahlungsverkehrsrelevanz) abgedruckt.

Berlin, im Februar 2022

Dr. Christian Koch / Dr. Kai Zahrte

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.,  
Berlin